Lebensschutz-Informationen
LSI

Stimme des Gewissens



Herausgeber:
Weltbund zum Schutze des Lebens WSL-D
COLLEGIUM HUMANUM·
Akademie für Umwelt und Lebensschutz e.V.

20. Jahrgang Nr. 3 März 1989

Wir müssen an unsere Stärke glauben, sie erkennen und unsere Kräfte benutzen, die gewaltig sind. Aus uns selbst und in uns besitzen wir alles, um das göttliche Gesetz zu erfüllen.

Pelagius *(um 400 n. Chr.)*

Von Demokratie zu Parteienkratie

Vor vierzig Jahren wurde die Bunderepublik Deutschland aus den drei Besatzungszonen der Engländer, Franzosen und USA gebildet. Damit wurde die von den Russen besetzte Zone, deren Bewohner einem noch härteren Schicksal unterworfen waren als die übrigen Deutschen, preisgegeben und verraten. Die bis heute fortdauernde Spaltung Deutschlands wurde also ebenfalls vor vierzig Jahren begründet. Auch daran ist in diesem Gedenkjahr zu denken.

Es ist kaum anzunehmen, daß die Deutschen, wenn sie gefragt worden wären, wenn sie durch eine Volksabstimmung ihren Willen hätten kundmachen können, dies angestrebt und gebilligt hätten. Die Demokratie, der erste wirklich freie deutsche Rechtsstaat, wie es so schön heißt, begann also im alten Geist der Diktatur. Das ist ein häßlicher Schönheitsfehler.

Aber das diesem Staat zugrundegelegte Grundgesetz war gut mit Ausnahme einiger Schwachpunkte, die bei endgültiger Verabschiedung durch eine vom Volk frei gewählte Vertretung wohl korrigierbar erschienen.

Demokratie – Volksherrschaft sollte nun beginnen. Wir haben in dieser Zeitschrift bereits darauf hingewiesen, daß Herrschaftsansprüche weder von einzelnen noch von der Masse erwünscht sind, und daß von daher Mitverantwortung und Selbstbestimmung eine bessere Kennzeichnung einer wirklichen Ablösung von Diktatur gewesen wäre. Doch es wurde so dargestellt von den Volksvertretern, als ob dieses auch von ihnen gemeint sei.

In der Folgezeit wurde viel Idealismus, viel Arbeit, ungeheure Energien und Erfindungsgabe aufgeboten, um das Territorium der Bundesrepublik aus einem übervölkerten Trümmerhaufen in eine „fortschrittliche" Wohnsiedlung umzuwandeln. Dazu bedurfte es vor allem funktionierender Arbeitsplätze, deren Produkte auch absetzbar waren. Damit begann die zweite Zerstörung dieses Landes, heute ökologische Katastrophe genannt.

Warf man den früheren diktatorischen Machthabern vor, unliebsame Personen in KZs einzusperren, im Krieg unter unmenschlichen Bedingungen in Arbeitslager weit entfernt von der jeweiligen Heimat zu zwingen, mit Zyklon-B zu vergiften und sogenanntes lebensunwertes Leben zu töten, so wurden jetzt Millionen Ausländer über tausende Kilometer zum Arbeiten in die Bundesrepublik geholt, wurde eine allgemeine Vergiftung von Boden, Wasser und Luft gesetzlich erlaubt, wie auch Giftrück-

---

Der chinesische Weise, Meister Kungfutse, wurde einst vom Fürsten des Staates We gefragt, was er für das Wichtigste im Staatsleben halte.

Der Meister sprach: **„Was vor allem not tut, ist, daß man alle Dinge beim rechten Namen nennen kann."**

Der Fürst Tsi Lu war befremdet von dieser Feststellung des Meisters. Kungfutse aber verteidigte seine Ansicht, indem er zu dem Fürsten sagte: „ . . . Wenn die Begriffe nicht richtig sind, so stimmen die Worte nicht. Stimmen die Worte nicht, so ist das, was gesagt wird, nicht mehr das, was gemeint ist, so kommen die Werke nicht zustande. Kommen die Werke nicht zustande, so gedeihen Moral und Kunst nicht. Gedeihen Moral und Kunst nicht, so trifft das Recht nicht. Trifft das Recht nicht; so weiß das Volk nicht, wohin Hand und Fuß setzen. Also dulde man nicht, daß in den Worten irgend etwas in Unordnung ist. Das ist es, worauf alles ankommt . . ." (Kungfutse, zitiert nach 'Fragen', Kritische Texte f.d. Deutschunterricht, München 1969, S. 92).

---

stände in Nahrungsmitteln als unschädlich zugelassen und ungeborene Kinder so behandelt wie lebensunwertes Leben, was dazu führte, daß jährlich etwa 200.000 bis 300.000 Kinder ermordet werden – gesetzlich zugelassen – als soziale Indikation! Das Volk wurde nicht gefragt, ob es dergleichen zustimme.

Die Ausländer wurden als Gastarbeiter hergeholt, von denen angenommen werden mußte, daß sie nach ihrer Gastrolle in unserem Land wieder zurück in ihre Heimat kehren würden. Von den Giften wurde behauptet, sie seien absolut unschädlich, würden im Boden oder Wasser sehr schnell abgebaut und verschwänden wieder aus dem Kreislauf der Natur. Atomreaktoren sollten absolut unfallsicher sein und nur die Menge Radioaktivität freisetzen, die der Mensch ohne Gesundheitsrisiko vertragen könne. So wurde durch Lügen der Souverän, das Volk, getäuscht, um es bei der Stange halten zu können.

Natürlich war die Wahrheit nicht auf Dauer zu verheimlichen, vor allem, weil die Natur – wie von den Lebensschützern seit nahezu 30 Jahren vorhergesagt – nicht mitspielte. Ein schleichender Tod breitet sich aus, nur die Alten wurden immer noch älter, die Kinder dagegen zum Teil bereits im Mutterleib umgebracht oder durch die vielerlei Umweltgifte so geschwächt, daß es heute kaum noch ein robustes Arzt-unabhängiges Kind gibt und ein Teil der Halbwüchsigen bringt sich dann in dieser liberalen Industriewelt selber um durch Drogen jeder Art und durch Moped- bzw. Autoraserei. Wälder und Gewässer sterben, ebenso Tiere und Pflanzen.

Es wurden von dem erwachenden Bürger viele Wege versucht, um den eigenen Willen kundzutun. Bei einer Volksabstimmung hätte es längst eine Rückführung der Gastarbeiter gegeben, wäre eine Förderung des ökologischen Landbaus durchgesetzt worden, die Atomenergie wie in Österreich ad acta gelegt usw. usw.

Doch nicht das Volk, sondern die Partei herrscht, mal eine, mal zwei bis drei gemeinsam. Und das Hauptinteresse der Parteien ist, an der Macht zu bleiben, nicht aber Deutsche Politik zu machen.

Vierzig Jahre Bundesrepublik Deutschland machen eines unverkennbar deutlich: eine ganzheitliche ökologische Politik ist für das Deutsche Volk in einer Parteienkratie nicht zu verwirklichen.

Deshalb müssen wir grundsätzliche Überlegungen anstellen, dem diese Ausgabe unserer Lebensschutzinformationen dienen soll.

UHW

Kann die Nachbarschaftsidee helfen?

Parteien- und Staatsverdrossenheit sind in Deutschland weithin verbreitet. Abgeordnetenkauf, Schmiergeld-, Flick-, Barschel- und Neue Heimat-Skandale, neuerdings die erhöhte Parteienfinanzierung aus Steuergeldern in dreistelliger Millionenhöhe, dies seit 1966 um das 22-fache, sind nicht gerade geeignet, das Vertrauen in die Politik bei den Bürgern zu steigern.

So ergibt die neueste Umfrage des Emnid-Institutes laut einer Meldung in der „Welt am Sonnatg" vom 11. Dezember 1988 ein „vernichtendes Urteil über unsere Politiker". Hinzu kommen die zahlreichen Untersuchungsausschüsse in Bund und Ländern wegen des Verdachts von Korruption, Intrigen und anderen Unregelmäßigkeiten als Ausdruck des Machtkampfes der Parteien, welche den Staat als Selbstbedienungsladen betrachten.

Erinnern wir uns der Kernsätze der Trauerpredigt des Bischofs Wilkens im Lübecker Dom anläßlich der Beisetzung Uwe Barschels: „Der plötzliche Tod Uwe Barschels, mittenhinein in den Morast der Affären und Machenschaften, erregt ja nicht nur die Teilnahme vieler Menschen, sondern auch eine brennende Scham über den inneren Zustand unseres Gemeinwesens, wie er hier offenbar geworden ist."

Der Machtanspruch einer Minderheit, der Parteien, einerseits und die absolute Machtlosigkeit der Bürger auf der anderen Seite haben zu einem erheblichen Verfall unserer politischen Kultur geführt.

Die Folge: Viele Bürger sagen, es habe gar keinen Sinn mehr, zu Wahlen zu gehen – die da oben machen doch, was sie wollen.

Vergegenwärtigen wir uns einmal die Mitgliedszahlen der Parteien. Knappe fünf Prozent der Wahlberechtigten sind Parteimitglieder, als so 95% nur Wahlbürger. Nach Abgabe des Stimmzettels haben sie für viele Jahre keinen Einfluß mehr auf das politische Geschehen. So macht das Wort von der Zuschauerdemokratie die Runde. Die Abneigung gegen die etablierten Strukturen wächst im Volke zunehmend.

Wahlenthaltung ist jedoch auf die Dauer keine Lösung!

Die Grundlage unseres Grundgesetzes lautet in Artikel 20, Abs. 2: Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen ausgeübt. Weiter heißt es in Art. 21/1: „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung mit". Die logische Frage: Wer sonst noch? Die Antwort kann nur lauten: „Der mündige Bürger". Er unterhält ja den ganzen Apparat mit seinen Steuergeldern.

Wie aber sieht die Realität aus? Die Parteien haben den Staat erobert, haben ihn sich zur Beute gemacht.

Bedeutende Zeitzeugen, so der Staatsrechtler und Philosoph **Karl Jaspers** in seiner 1965 erschienenen Schrift „Wohin treibt die Bundesrepublik?" – auch heute noch lesenswert! – und ebenso unser derzeitiger Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** in seinem Buch „Die Geschichte geht weiter" mit einem Abschnitt „Wird die Parteiendemokratie überleben?" stellen darin fest, daß der Bürger im Grunde machtlos ist und deshalb politische Reformen baldigst notwendig werden.

So schreibt Karl Jaspers auf S. 128: „Die Verfasser des Grundgesetzes scheinen vor dem Volke Furcht gehabt zu haben. Denn dieses Grundgesetz schränkt die Mitwirkung des Volkes auf ein Minimum ein. Alle vier Jahre wählt es einen Bundestag. Die ihm von den Parteien vorgelegten Listen und Personen sind schon vorher von den Parteien aufgestellt. Immer sind es die Parteien, nie das

Aus dem Inhalt **Seite**

Volk. Entscheidend wählt die Parteienhierarchie. Der Staat, das sind die Parteien. Die Staatsführung liegt in den Händen der Parteienoligarchie. Eine Mitwirkung des Volkes durch das Referendum (politische Mitbestimmung, d. Verf.) wurde nicht zugelassen. Das Volk ist dem Namen nach Souverän. Aber es hat keinerlei Einwirkung auf die Entscheidungen, außer durch Wahlen, in denen nichts entschieden, sondern nur die Existenz der Parteienoligarchie anerkannt wird. Die großen Schicksalsfragen gehen nicht an das Volk. Ihre Beantwortung muß das Volk über sich ergehen lassen".

Ganz ähnlich von Weizsäcker in seiner oben erwähnten Schrift. Hier nur einige wenige Sätze daraus: „In Wahrheit ist das Verhältnis der meisten Wähler zu den Parteien kühler geworden. Parteien haben ihren überragenden Platz ursprünglich nicht von der Verfassung zugewiesen bekommen. Wahlen sind Plebiszite für Kandidaten und Programme, welche von den Parteien aufgestellt sind".

Deutlicher kann man die politischen Strukturen und Verhältnisse in unserem Lande nicht beschreiben!

Das alles ist auch der Grund für das deutlich sinkende Vertrauen im Volke in die heute herrschenden Parteien.

Diese werden kaum in der Lage sein, die Herausforderungen der auf uns zukommenden Probleme im nächsten Jahrtausend ohne die politische Mitwirkung der Bürgerschaft zu bewältigen. An erster Stelle werden die Fragen der Ökologie, der Umweltschutz mit allem, was dazugehört, letztlich das Überleben der gesamten Menschheit stehen. Tschernobyl! Politische Mitbestimmung, Volksentscheide, also direkte Demokratie als Ergänzung der bestehenden repräsentativen Demokratie sind in Bund, Ländern und Gemeinden notwendig!

Unser Grundgesetz bietet hierzu die Möglichkeit, wird doch in Art. 20, Abs. 2 ausdrücklich dokumentiert: Die Staatsgewalt wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen ausgeübt. Gewählt wurde regelmäßig alle vier Jahre. Wann je gab es Volksentscheide, also Abstimmungen? Die Väter des Grundgesetzes haben doch wohl viel Furcht vor der Meinung des Volkes gehabt. Sonst hätten sie zum Punkt „Abstimmungen" sicher entsprechende Ausführungsbestimmungen niedergelegt.

Aber weder über das Grundgesetz selbst, über Wiederbewaffnung, über die Bezirks- und Gemeindereform und viele andere Fragen durfte der Souverän, das Volk, abstimmen. Besonders die Gemeindereform wäre ohne jeden Zweifel vom ganzen Volke abgelehnt worden. Hier wurde der Bürger vollständig überfahren. Gerade in der heutigen Zeit wäre ein Volksentscheid über das gesamte Atomproblem, wie in Österreich, in der Schweiz, in Italien und Schweden, ebenso über das Asylantenproblem, durchaus angebracht. In der Schweiz stimmen die Eidgenossen seit Jahrhunderten in ihren Kommunen über örtliche Sachfragen ebenso wie in Volksentscheiden über gesamtstaatliche Fragen ab. Die „Welt am Sonntag" vom 4.12.1988 berichtete über die neueste Volksabstimmung, in der über vier Millionen Schweizer Bürger über die künftige Ausländerpolitik, die Verkürzung der Arbeitszeit und die Bekämpfung der Bodenspekulation entschieden.

Die Abstimmungsergebnisse sind hier bindend für die Parlamente. Das Gewicht der Parteien ist in der Schweiz infolgedessen bei weitem nicht so groß wie in der Bundesrepublik.

In den letzten Jahren wird der Bürgerprotest häufig durch sogenannte Bürgerinitiativen zum Ausdruck gebracht. Dies geschieht meist in unkontrollierbaren Massenveranstaltungen, oft in halber Illegalität. Es kommt dabei nichts heraus und wird nichts entschieden – siehe

Mit dem „Mai Reigen" von Ludwig Richter wünschen wir allen Lesern und Freunden ein ungetrübtes frohes Osterfest in einem ungewöhnlich zeitigen Frühjahr, offenbar angepaßt dem frühestmöglichen Ostertermin.

Brokdorf, Wackersdorf oder Startbahn-West. Meist müssen die herrschenden Gewalten dagegen Polizei einsetzen. So lassen sich die im Grundgesetz verankerten „Abstimmungen" nicht durchsetzen! Leider hat bisher kaum ein ernsthafter Kritiker der heutigen Parteiendemokratie klare Reformvorschläge auf den Tisch gelegt.

Ende der zwanziger Jahre, als die Weimarer Republik im Sumpf der Diktatur zu versinken drohte, schlug Artur Mahraun einen Umbau des politischen Systems vor. Er zeichnete im „Jungdeutschen Manifest" den Neubau der Republik durch Neugliederung der Staatsbürgerschaft in gleich große, zahlenmäßig auf etwa 500 Wahlberechtigte begrenzte überschaubare und abstimmungsfähige Einheiten auf. Das entspricht in etwa der Größe eines normalen Dorfes. Er nannte diese Einheiten „Nachbarschaften". Ich würde diese Ortsgruppen der Bürger heute als „Bürgerschaft" bezeichnen. Jeder Bürger hat in seiner Bürgerschaft Sitz und Stimme. Hierzu braucht es keine Mitgliedslisten und -beiträge. Hier werden überparteilich die Sachfragen diskutiert und darüber abgestimmt. Es gilt das Mehrheitsprinzip. Mehrmalige Zusammenkünfte der Bürgerschaften im Jahr sollten die Regel sein.

Aufgabe der staatlichen Organe wäre, die Bürgerschaftsbezirke in Stadt und Land einzugrenzen.

Erste Aufgabe der Bürgerschaften wäre, sich einen Vorstand zu wählen, bestehend aus erstem und zweitem Vorsitzenden. Keine Gruppierung von Menschen ist ohne Führung und Leitung handlungsfähig. Eine besondere Aufgabe der Bürgerschaften wäre die Frage einer Integration der Ausländer und Gastarbeiter. Die Abstimmungsergebnisse sollten sowohl im Bund als auch in den Kommunen für die Parlamente – ähnlich wie in der Schweiz – bindend sein.

Die Zahl der Abgeordneten in den Parlamenten könnte dann erheblich reduziert werden.

Schon angesichts der kommenden Vereinigung Europas wird eine vermehrte Mitbestimmung der Bürger bei uns unbedingt notwendig, wenn die Demokratie – alle Staatsgewalt geht vom Volke aus – weiterhin funktionieren soll.

Auch der Bundespräsident sollte in Zukunft durch das Volk gewählt werden.

Jeder größere Verein, jede Partei, jede Gewerkschaft gliedert sich in Orts-, Kreis- und Landesverbände bis hin zur Bundesspitze. Analog dazu wäre es denkbar, die Vorstände der „Bürgerschaften" eines Kreises zu einem Rat des Kreises, deren Spitze wiederum zu einem Landesrat und deren Spitzen als Unterbau für den Bundesrat fortzuentwickeln.

Auf diese Weise entstände eine Elite von politischen Führungskäften, deren Integrität und moralische Sauberkeit sich bereits in der Führung von Menschen in den „Bürgerschaften" bewährt hat.

Die heute so häufig beklagte anonyme Massengesellschaft, in der kalter Egoismus und Ellbogenmentalität vorherrschen, wird durch einen solchen Umbau unserer Gesellschaft zu humanerem Umgang der Menschen untereinander fortentwickelt, die dann in der Lage ist, die Probleme des Überlebens im nächstem Jahrtausend zu bestehen.

Wir alle, das Volk, sind dann der Staat.

Dr. med. Luthardt

Direkte Demokratie

Leserzuschrift

Es ist mir sehr sympathisch, daß Sie so offen über die Korruptheit und Unehrlichkeit sowie die Fehlleistungen und Defizite der Parteien sprechen. Sie sind also mit den heutigen Verhältnissen unzufrieden und halten eine gründliche Reform für nötig. Das sehe ich auch so.

Wenn nun die Alternative „Herrschaft durch das Volk" (Demokratie) ermöglichen soll, dann müßte in aller Öffentlichkeit über sie informiert und diskutiert werden, d.h. es müßten Zeitungen und Zeitschriften gefunden werden, die dieses Thema breit und längerfristig behandeln. Welche Periodika sind dazu bereit? Wäre es denkbar, daß in den LSI mit einer solchen Debatte begonnen wird? Es käme ja darauf an, daß zumindest die aktiven Menschen unseres Landes, also diejenigen, die sich aller Voraussicht nach an einer späteren Herrschaft durch das Volk beteiligen würden, über deren methodische Ausgestaltung erführen und dazu Stellung nehmen könnten.

Wir müssen die Frage abklären, ob „Herrschaft durch das Volk" überhaupt möglich ist, wie sie ablaufen würde und auf welche Weise sie an die Stelle der heutigen Einrichtungen gesetzt werden kann.

Solange **einige wenige** herrschen, wird Herrschaft immer einen bitteren Beigeschmack haben, Unterdrükkungs**möglichkeit** einschließen. Wenn tatsächlich alle (erwachsenen) Bewohner entscheiden dürfen, welche Regeln für ihr Zusammenleben und dasjenige mit den „Dingen" (Tiere, Pflanzen, Stoffeswelt) und mit den Menschen anderer Länder gelten sollen, dann werden diejenigen, die sich bereits genug emanzipiert haben und **Wert darauf legen,** diese Sachfragen mitzuentscheiden, an entsprechenden Abstimmungen teilnehmen.

Das Emanzipationsgeschehen, das sich in uns und vielen anderen Menschen abspielt, ist der konkrete Ausgangspunkt für alle Überlegungen, eine (wahre) Demokratie einzurichten. Das, was heute besteht, nennt sich „parlamentarische" oder „repräsentative" Demokratie und ist ein „weißer Rappe". Herrschen bedeutet Bestimmen und zwar über Sachfragen. Es kann niemals meinen, daß man festlegen darf, wer Obrigkeit werden soll (und **seinerseits** über die Sachfragen entscheiden darf). Das Neue, was sich in den „sozialen Bewegungen" (BI'n) zeigt, besteht vor allem darin, daß man vom „Stellvertreter"-System wegkommen, daß man selbst Einfluß auf den Gang der Geschehnisse nehmen will. **Hier** gilt es anzuknüpfen! Die Zeit der Stellvertreter läuft aus. Sicher, noch sind die „wachen" Menschen, die bereits Emanzipationsschritte vollzogen haben, in der Minderheit, und der Grad der Emazipation muß sich noch steigern. Trotzdem ist die Zahl solcher Menschen inzwischen so groß, daß damit begonnen werden muß Einrichtungen zu konzipieren, die den Emanzipierten eine **tatsächliche** Mitwirkung ermöglichen.

Das Stellvertreter-System ist immer stärker dekadent geworden. Wir müssen uns über seinen Charakter gedanklich klar werden. Entweder die „Stellvertreter" herrschen (bestimmen) **oder wir.** Beides gleichzeitig geht nun mal nicht, wird uns z.Z. aber vorgetäuscht. Wenn die Stellvertreter so handeln würden, wie wir es wollen, brauchten wir gar keine! Wenn sie aber **anders** handeln, dann sind sie eben keine Stellvertreter im Sinne unserer Absichten, sondern bestimmen als Vormund, weil wir unmündig sind und nicht in der Lage, unsere Absichten zu formulieren. Einem solchen Vormund können wir bestenfalls vertrauen, daß er an unserer Stelle das Richtige für uns unternimmt – Aufträge können wir ihm aber nicht erteilen.

Im Grunde geht es darum, exakt zu klären, ob ein Delegieren der Einzelwillen vieler Menschen auf ein kleines Gremium der Sache nach möglich ist. Sobald erkannt würde, daß das gar nicht geht, entstünde sicher mehr Bereitschaft, zu sehen, daß das auch **nicht nötig** ist – der Unterschied zwischen Wahlen (reine Personalentscheidungen) und Abstimmungen (reine Sachentscheidungen) träte klar zu Tage. Das alte Prinzip (bestimmen von Führern) und das neue (Selbstbestimmung) ständen sich deutlich gegenüber.

Dann würde auch klar, daß es gar nicht mehr darum gehen kann, ehrliche und unbestechliche Führer zu wählen, sondern darum, selbst mitzubestimmen. Und für eine solche Mitbestimmungsmöglichkeit sind entsprechende Einrichtungen zu schaffen, da **alle** vorhandenen Einrichtungen Teile des „Stellvertreter-Systems" sind und sich nur für dieses eignen.

Es erscheint mir wichtig, daß wirklich offen und klar über die damit verbundenen Probleme dikutiert wird. Und damit kehre ich zum dritten Absatz dieses Briefes zurück. In einer solchen Beitragsreihe und eingeschobenen Diskussionsvoten („Leserbriefen") könnte auch untersucht werden, ob das Mahraun'sche Modell eine brauchbare Alternative zum heutigen Zustand darstellt. Die Redaktion dürfte **nicht einseitig arbeiten** und ihr ungelegene Beiträge unterdrücken, damit eine wirklich freie Aussprache möglich ist. Eine Neugründung erschiene mir ungünstiger, als der Einstieg in ein vorhandenes Periodikum. Was meinen Sie zu den LSI? Ließen sie sich in dieser Weise erweitern? So würde man die richtige Zielgruppe ansprechen und die müßte keine weitere Zeitschrift abonnieren.

Lutz von Lölhöffel, Freiburg

14 Milliarden für Entsorgung

London (dpa). Die britische Elektrizitätswirtschaft muß künftig Milliardenbeträge aufbringen, um den Nuklearabfall zu beseitigen. Wie die „Sunday Times" berichtete, plant die Regierung nach der angekündigten Privatisierung der Elektrizitätswerke, diesen die Kosten für die nukleare Entsorgung aufzubürden. Insgesamt geht es um einen Betrag von 4,35 Milliarden Pfund (13,7 Milliarden Mark).

Bremer Nachrichten, 21.11.1988

Die ÖDP Herbert Gruhls ist gespalten

Auf dem Bundesparteitag der Ökologisch-demokratischen Partei 1989 in Saarbrücken kam offen zum Ausdruck, was seit längerer Zeit unterschwellig rumort. Damit wiederholte sich am gleichen Ort – in Saarbrücken – ein Vorgang, den Herbert Gruhl bei den GRÜNEN vor ca. 8 Jahren ähnlich erlebte. Die Mehrheit der Mitglieder hielt eine unzumutbare Situation zur zumutbar. Das heißt im Klartext, diejenigen Vorstandspersonen, gegen deren diffamierende Rundbriefe Herbert Gruhl eine Einstweilige Verfügung erwirkt hatte, erhielten von der Mehrheit der jungen Mitglieder dennoch das Vertrauen und damit die Bestätigung, im Amt zu bleiben. Damit war für Herbert Gruhl ein Verbleib im ÖDP-Bundesvorstand nicht mehr möglich. Aber auch für viele alte aktive Mitglieder war dies gleichermaßen ein Grund, aus dem Parteitag auszuziehen.

Der neue Vorstand **(1. Vorsitzender für ein Jahr Hans-Joachim Ritter,** wird mit der bisherigen ÖDP-Führung wenig gemein haben. Ob sich die Restpartei unter diesen Bedingungen halten kann, ist fraglich. Soweit die personelle Lage. Dahinter verbirgt sich aber ein politischer Bruch, der, so schmerzlich das erstere für die persönlich Betroffenen ist, für die Ökologiebewegung schlechthin als gewichtiger zu werten ist.

Im Prinzip vollzog sich eine Wiederholung der Vorgänge bei den GRÜNEN-Parteitagen. **Ein auf ökologische Politik angewandtes ganzheitliches Denken kann nicht gleichzeitig sozialistische Experimente in Teilbereichen als ökologische Politik vertreten wollen.** Dieses aber war ausschließlich Anliegen der „Neu-Ökologen".

So wurde auf diesem Parteitag Herbert Gruhl vorgeworfen, in seinen Ausführungen zur Ausländer- und Asylantenfrage fehle Nächstenliebe und Anerkennung der Menschenwürde. Jede sachliche Erörterung, ob in einem bereits mit 12 Millionen Ostvertriebener überbesiedelten Land noch weitere Millionen Menschen aufgenommen und sogar eingebürgert werden könnten, ob in einem derartig überindustrialisierten Land wie die Bundesrepublik Deutschland dann überhaupt noch ökologische Politik durchsetzbar ist, wurde als „rechts" abgeblockt.

Warum solche Überlegungen die Menschenwürde verletzen, ist unerfindlich. Die Würde des Menschen ist unteilbar, sie gilt auch für das Staatsvolk, für das jede Partei, also auch eine ÖDP, allein Politik machen kann, denn nur dies Staatsvolk beauftragt und repräsentieren unsere Politiker.

Auf dem Parteitag in Saarbrücken wurden gleichzeitig die Parolen lebenszerstörender Kräfte übernommen, nämlich deren Ausländer- und Asylantenpolitik, die zwangsläufig zu mehr Wirtschaftswachstum, mehr verbautem Land etc. führen muß, und davon geträumt, in der EG ökologische Bedingungen für einen europäischen Binnenmarkt durchsetzen zu können. Dergleichen können sachlich denkende Menschen, die nicht von allgemeiner Menschenliebe schwärmen und sich gegenseitig bekämpfen, nicht mittragen. Insofern war eine Trennung unvermeidlich.

Damit ist die Umwelt- und Lebensschutzbewegung um eine Hoffnung ärmer geworden. Es gibt jetzt zwar keine Partei, die nicht vom Umweltschutz redet, aber es gibt auch keine Partei mehr, deren Gesamtprogramm an der Ökologie orientiert ist. Die „Neuökologen" in der Restpartei der ÖDP bilden hier keine Ausnahme, sie werden al-

Fortsetzung auf Seite 6

⊚⊚⊚

Abschied von Wolf Schenke

Für denjenigen, der Wolf Schenke seit fast 33 Jahren kennt und durch diese Zeit geistig begleitet hat, ist es zunächst kaum vorstellbar, daß uns dieser nimmermüde Kämpfer 33 Tage vor Vollendung seines 75. Lebensjahres verlassen hat. „Für immer"? Dies zu sagen, wäre selbst für denjenigen, der die individuelle Existenz mit dem leiblichen Tode als abgeschlossen ansehen wollte, unberechtigt. Was dieses Leben erfüllte, die Gedanken, die diesen Mann bewegten, die Impulse, die von ihm ausgegangen sind, wirken weiter. Wie viele hat er doch in seinen Bann gezogen, die immer wieder aufgehorcht haben, wenn er sich vernehmen ließ. Dabei war er weder ein faszinierender Sprecher noch ein brillierender Schreiber. Alles, was auf Effekt abgezielt hätte, lag seiner nüchternen, auf Wahrheit zielenden Natur fern. Aber was er dachte, und wie er es darstellte, konnte überzeugen und zum weiteren Nachdenken einen wesentlichen Anstoß geben. Und wenn er sich verstanden wußte, glimmte in seinen Augen die Wärme eines guten Kameraden auf.

Wolf Schenkes Lebensbild spiegelt das Schicksal einer Generation wieder: In seine Schulzeit wetterleuchteten das Geschehen des Ersten Weltkrieges und seine revolutionären Nachwehen in seiner Heimat Thüringen. Das mag beigetragen haben zu seiner Wahl, 1934 in Berlin die Hochschule für Politik zu besuchen und sich eine journalistische Ausbildung anzueignen. 1935 eröffnete sich ihm durch eine Studienreise nach China die „Welt". Weltoffenheit kennzeichnete fortan sein Deutschtum. Nach vorübergehender Tätigkeit in der damaligen Reichsjugendführung als Auslandspressereferent geht er wieder in das große Land, das auf sein kontinentales Denken und auf seine Lebensart prägenden Einfluß gewann. Als Kriegsberichter im japanisch-chinesischen Krieg von 1937 bis 1945 hatte er seinen großen Anteil am Jahrhundertgeschehen. Zwei Jahre bedrückender amerikanischer Gefangenschaft vermittelten ihm zur Kenntnis des fernöstlichen Menschen die des zeitgenössischen Westlers. Er blieb in der „Mitte". Diese wurde sein politisches Konzept: blockfreie Neutralität für das durch zwei Weltkriege zu Boden geworfene gevierteilte Deutschland, soweit es nach der Amputation seiner Ostgebiete und Österreichs im westdeutschen Reststaat noch Herr eigener Entschlüsse werden konnte. Gewiß zu seiner eigenen Genugtuung, wie aber auch zur unschätzbaren Hilfe für unsere politische Urteilsbildung, ist es Wolf Schenke noch gelungen, in seinem letzten Lebensjahr in konzentrierter Abgeschiedenheit den Rechenschaftsbericht eines mehr als 40-jährigen politischen Strebens zu vollenden. Sein großes Werk ***„Siegerwille und Unterwerfung – Auf dem Irrweg zur Teilung – Erinnerungen 1945 - 1955"*** zeigt das Schicksal der Jahre, in denen die Weichen gestellt wurden für alles, was bis heute daraus folgerte und die deutsche Wiedererneuerung verfehlte – im politischen wie im geistigen Bereich. Über 1955 hinauszuführen, war für seinen Bericht nicht notwendig, so sehr das mancher bei diesem äußerst lesenswerten Buch vermissen mag. Die von ihm 1956 begründete und bis 1983 herausgegebene Zeitschrift ***„Neue Politik"*** wurde zum unüberhörbaren Sprachorgan seines politischen Wirkens, der den Einzelkämpfer mit mehr Repräsentanten dieser Epoche zusammenbrachte, als mancher vermuten konnte und nun aus seinem Bericht erfährt. Für diese Hinterlassenschaft sei ihm wie für sein „redliches Bemühen" für Deutschland aufrichtig gedankt und ebenso seiner Lebensgefährtin Gretchen Schenke als seiner treuen Helferin. Wir werden Wolf Schenke nicht vergessen.

Werner Georg Haverbeck

⊚⊚⊚

Fortsetzung von Seite 5
lenfalls Symptombehandlung mit ihrer Konzeption betreiben können, aber keine durchgreifende ökologische Politik.

Es genügt nicht, wenn immer wieder behauptet wird, wie auch in Saarbrücken, daß die ÖDP weder rechts noch links, sondern in der Mitte vorne stehe. Erstens ist eine stehengebliebene Politik keine erstrebenswerte und den Entwicklungen unserer Zeit entsprechende Politik, es könnte allenfalls heißen: „wir gehen vorne", zum anderen aber reicht diese Erklärung nicht aus, wenn gleichzeitig alles, was von außen als rechts bezeichnet wird, von den „Neuökologen" oft nur aus Opportunismus nun ebenfalls abgelehnt wird.

Dreimal innerhalb eines Jahrzehnts haben wir die Be- und sogar Verhinderung einer durchgreifenden ökologischen Politik durch „Rechtsverteufelung" miterlebt. Bei den GRÜNEN, im WSL und jetzt in der ÖDP. Das Ziel war immer Abspaltung und Selbstzerfleischung. Wir sollten endlich aus den bitteren Erfahrungen lernen. In dem Beitrag „Marschiert die Bundesrepublik Deutschland in die Diktatur?" wird eine Analyse versucht. Vielleicht vermag eine dadurch ausgelöste Diskussion zur Klärung beizutragen.

UHW



Marschiert die Bundesrepubklik Deutschland in die Diktatur?

Um diese Frage beantworten zu können, bedarf es einer Definition von Demokratie und Diktatur. Dies ist schon deshalb erforderlich, weil sowohl das kommunistische Einparteiensystem als auch ein kapitalistisches Mehrparteiensystem mit Fünf-Prozent-Klausel sich „demokratisch" nennt.

Im Folgenden wird unter Diktatur verstanden ein Herrschaftssystem, in welchem verbindlich festgeschriebene Beurteilungen verschiedener Lebensbereiche gelten.

Demokratie ist dagegen gekennzeichnet als ein pluralistisches System, in welchem die Freiheitsrechte (Meinungs-, Forschung/ Lehr-, Presse-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit) garantiert und geschützt sind.

Vielleicht überspitzt, aber im Prinzip richtig, kann in einer Diktatur ganz legal ein Mensch, der die herrschende politische Linie öffentlich in Frage stellt, inhaftiert werden, während in einer Demokratie jeder Bürger theoretisch für seine abweichende Meinung sogar öffentlich Mehrheiten zu gewinnen versuchen darf. Natürlich gibt es Grenzen sowohl für die Verfolgung Andersdenkender (wenn z.B. zu viele Bürger etwas ablehnen) als auch für die Freiheitsrechte (nämlich die Würde anderer Menschen und deren Rechte).

Daneben gibt es selbstverständlich weitere Unterscheidungen, die aber für unseren Zusammenhang zweitrangig sind.

In der Bundesrepublik Deutschland, die abweichend von der Demokratischen Deutschen Republik das Wort „Demokratie" nicht im Namen hat, wird die Politik durch die Parteien gemacht. Im Bundestag sind zur Zeit 5 Parteien vertreten. Unterschiedliche politische Ansichten werden heute vornehmlich zwei Bewertungen zugeordnet: links und rechts – dazwischen gibt es die Mitte, in der alle Parteien mit Ausnahme der GRÜNEN stehen wollen, denn „rechts" ist für bundesdeutsche Politiker nicht eine andere politische Meinung, sondern falsch, ja so gar gefährlich und daher zu bekämpfen.

Dadurch ergibt sich die Frage: wieso dann eigentlich Mitte, Mitte wovon?

Für die GRÜNEN sind nicht zu Unrecht alle anderen Parteien rechts – vom linken Standort der GRÜNEN aus gesehen.

Was weitgehend fehlt, ist eine klare Definition der beiden Bewertungen „rechts" und „links" als politische Programme.

Bevor eine solche Definitation hier vorgenommen werden soll, der Hinweis, daß „links" **und** „rechts" sich gegenseitig bedingen und nur solange als Kennzeichnung gebraucht werden können, solange beide Möglichkeiten vorhanden sind.

Als links gilt für:	als rechts gilt für:
Deutschland / Wiedervereinigung	
kein Wert oder Ziel	erstrebenswertes Ziel
Ausländerintegration	
wird begrüßt, angestrebt	abgelehnt, Rückführung wird angestrebt
Historikerstreit	
Festschreibung der bisher propagierten Gesichtsbetrachtung	Freiheit der Forschung und Lehre auch für Historiker
Wertorientierte Erziehung	
in Frage gestellt, z.B. Arbeitsmoral, Ordnung, Disziplin, keine Werte	wird angestrebt, Arbeitsmoral, Ordnung, Disziplin gelten als Werte
Abtreibung	
Abtreibung auf Krankenschein wird bei sozialer Indikation gefordert	wird grundsätzlich als Mord abgelehnt, Ausnahme: Vergewaltigung und Lebensgefährdung von Mutter/Kind
Suchtkrankheiten, AIDS	
durch extremen Liberalismus gefördert	Radikal („von den Wurzeln her") bekämpfen
Nationalstaaten	
überholt – erstrebt wird Menschheit, Internationale	erstrebtes Ziel für alle Völker
Familie, Heimatliebe	
keine besonderen Werte	entscheidene Werte
Klassenkampf	
bejaht	abgelehnt

Bei diesen Kennzeichnungen handelt es sich zunächst einfach um mögliche unterschiedliche Beurteilungen. Aus der Spalte „links" läßt sich nicht ohne weiteres ableiten: wer so antwortet, ist Kommunist oder Marxist. Ebenso heißt die Antwort in der Spalte „rechts" nicht: Faschist oder Nationalsozialist (heute fälschlich als „Nazi" abgekürzt). Es ist möglich, so oder so zu denken, und es gehört zu den Grundzügen von Demokratie, daß dies auch öffentlich, unangefochten vertreten werden darf.

Der „Demokratische Sektor" wird verlassen, wenn ein sogenannter „Rechter" oder „Linker" verteufelt und verfolgt wird, nur weil er die entgegengesetzte Auffassung vertritt, von der dann immer behauptet wird, sie führe zu Massenmord, den natürlich niemand will.

In der Frage der Ausländerintegration nimmt diese Vorgehensweise zur Zeit unerträgliche Formen an. Jeder, der nicht den unter links gekennzeichneten Standpunkt vertritt, wird bei öffentlichen Diskussionen zum Rassisten erklärt.

Dabei ist zum Beispiel Antigermanismus kein Rassismus, deshalb kann man ungehindert von „Blauäugigkeit" im abwertenden Sinne sprechen oder von Wandalismus, womit nachweislich falsch ein ganzer germanischer Volksstamm verteufelt wird. Dagegen ist jede normale Bevölkerungspolitik, die eine gewisse Ausgewogenheit von Mensch und Umwelt anstrebt, Rassismus. Das gilt jedenfalls bei uns, wenn ein auf einen Bruchteil seines ursprünglichen Siedlungsraumes zusammengedrängtes Volk nun wenigstens hier alleine leben will, um überhaupt überleben zu können.

Auch in der Weimarer Republik begannen die bürgerkriegsähnlichen Zustände mit der Parole: „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft", womit praktisch die Saal- und Straßenschlachten mit ihren Tausenden von Todesopfern begannen. Wehrt also den Anfängen!

In gesellschaftspolitischen Fragen geht es wie seinerzeit bei der Atomenergiediskussion, nicht um emotionale Befürwortung oder Ablehnung, sondern um die Ermittlung von „Menschen- und naturgemäß" oder aber „damit nicht in Übereinstimmung zu bringen". Diese Erkenntnis muß von einer Mehrheit von Bürgern gewonnen werden. Dann nur kann sie in politische Praxis und Gesetzgebung einfließen. Das setzt aber voraus, daß ein wirklichkeitsgemäßes und deshalb verbindliches Menschen- und Naturbild erarbeitet worden ist. Dies wird nur möglich sein, wenn uneingeschränkt in der Erörterung des „pro und contra" Geistesfreiheit praktiziert wird. Wo immer diese eingeschränkt oder gar massiv behindert wird, liegt Manipulation um eines illegitimen Herrschaftsanspruches willen vor.

Aus diesem Grund käme heute einer richtig verstandenen Anthroposophie eine entscheidende Bedeutung zu. In dieser von Rudolf Steiner für unsere Zeit begründeten Geisteswissenschaft sind Wahrhaftigkeit und Geistesfreiheit oberstes Gebot, was allerdings auch gelegentlich Anthroposophen vergessen zu haben scheinen.

Eine Parteienkratie – denn von Volksherrschaft (Demokratie) blieb wenig übrig –, die immer nur um die eigene Macht und Herrschaft kämpft, ist damit unvereinbar.

Kehren wir zurück zur eingangs gestellten Frage: „Marschiert die Bundesrepublik Deutschland in die Diktatur"? Ja, sie ist auf dem schnellsten Wege dahin. Das ist vor allem deshalb so, **weil Anhänger oder Vertreter einer „rechten", nicht nur so gekennzeichneten,** sondern **bereits gebrandmarkten Meinung sich selber dieser Diffamierung unterwerfen. Sie bestehen nicht darauf, daß ihr „Rechtsstandort" ihrer Überzeugung nach richtig ist und gleichberechtigt neben jedem anderen steht, sondern distanzieren sich von der rechten Seite, indem sie behaupten, sie ständen doch in der Mitte.** Es wird dabei vergessen, daß, wie in jedem Koordinatensystem, so auch im politischen, rechts und links, oben und unten, Werte sind, die Mitte jedoch immer Null ist.

Vielleicht erklärt sich hieraus die politische Verweigerung so vieler, vor allem junger Bürger, die zu Aussteigern werden. Wer will sich schon einer Null anschließen?

Nur in einem totalitären Staat gibt es lediglich **eine** richtige Richtung. Wer links für gut und richtig hält und rechts für falsch und es verteufelt, steht nicht mehr auf dem Boden unserer Verfassung, welche Presse-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit für alle auf dem Boden des Grundgesetzes stehenden Parteien fordert und schützt. **Wer den Rechtsbegriff aushöhlt, untergräbt auch den Rechtsstaat.** Die Hamburger Hafenstraße ist ein warnendes Beispiel.

Eine Gesellschaftsordnung, in der gilt: „Das Schwerste aber ist Glaubwürdigkeit" (Eppler), in der „Mut zum Erziehen" (Christa Mewes) oder „Mut zur Wahrheit (Helmut Diwald) gefordert werden müssen und jetzt gar „Mut zum Rechtsstandort" hat sich bereits selbst gerichtet. Wo Selbstverständlichkeiten darzustellen oder zu praktizieren so gefährlich ist, daß es dazu eines besonderen Mutes bedarf, da hört ein freier Rechtsstaat auf.

Ursula Haverbeck-Wetzel

Fast vergessene Tschernobyl-Molke wird jetzt im Emsland entseucht

Bonn zahlt 39 Millionen Mark / Vor allem „psychologische Gründe" / Teures Viehfutter

Michael Jach, Lingen

Molkepulver scheint ein höchst lagerfähiges, unempfindliches Milchprodukt zu sein. Stichproben jedenfalls aus 252 Bundesbahnwaggons, in denen auf Bundeswehr-Abstellgleisen bei Meppen/Ems und Straubing/Donau seit knapp zwei Jahren 5.000 Tonnen leichtradioaktiver Trockenmolke ohne Klima- und Temperaturschutz verwahrt werden, ergaben bisher noch keinerlei biochemische Veränderung. Andernfalls wäre es wohl kaum mehr möglich, zum 1. Februar in der eigens entmotteten und umgerüsteten Maschinenhalle des 1977 stillgelegten Kernkraftwerks Lingen I mit der Entstrahlung der fast vergessenen „Tschernobyl-Molke" zu beginnen.

Prozedur von zwei Jahren

39 Millionen Mark will der Bundesumweltminister sich die auf mindestens zwei Jahre veranschlagte Prozedur kosten lassen: Nach einem von dem hannoverschen Milchtechnologen Franz Roiner entwickelten Verfahren wird das verflüssigte Pulver in Ionentauscher-Aggregaten von radioaktiven Caesium-Isotopen gereinigt und kann hernach „unbedenklich", jedoch teuer als Viehfutter oder Dünger angeboten werden. Die Caesium-Belastung wurde durch das Reaktorunglück von Tschernobyl Ende April 1986 verursacht: Radioaktiver Niederschlag auf bayerische Milchviehweiden führte zur Anreicherung der Isotope in der Rückstandsmolke aus der Produktion eines Milchwerks in Wasserburg/Inn.

Nach Überzeugung von Radiologen wie Agrarfachleuten könnte das Pulver theoretisch sogar unbehandelt als Bodendünger verwendet werden, zumindest für ungenutzte Flächen. Hinter vorgehaltener Hand wird im niedersächsischen Umweltministerium denn auch zugegeben, der Aufwand sei „vor allem politisch-psychologisch zu rechtfertigen". Immerhin hat Minister Werner Remmers (CDU) im Heimatwahlkreis Lingen seine Popularität riskiert, als er dem Bonner Kollegen Klaus Töpfer im Herbst 1987 aus der Klemme half und das alte Kraftwerk anbot. Dessen Vorgänger Walter Wallmann nämlich hatte, nach der Entdeckung des Pulvers auf bayerischen Güterbahnhöfen selbst in Nöten, den größeren Teil zwar Anfang Februar jenes Jahres zum Ärger des ungefragten Remmers nach Meppen dirigiert. Als aber dann im Frühsommer zunächst ein Milchwerk im mittelhessischen Hungen sich anzubieten schien, mußte Wallmann, inzwischen Regierungschef in Wiesbaden, passen: Der Betrieb liegt in einem Wasserschutzgebiet.

Der Protest der Bürger in Lingen stand dem hessischen in nichts nach, ist jedoch abgeflaut. Denn die Emsstädter

haben sich beim Bundesumweltminister wie beim Anlagenhersteller, der Salzgitter-Tochter Noell GmbH (Würzburg), doppelt rückversichert. Es durfte zunächst lediglich eine Probe-Maschinerie für 40 Tonnen Trockenmolke gebaut werden; nur wenn sich in zwei Monaten das Verfahren als problemlos erwiesen hat, will der Stadtrat „im Sommer" dem Ausbau zustimmen.

Vollständige Demontage

Außerdem mußte der Bund sich verpflichten, die Anlage nach Durchsatz der 5.000 Tonnen vollständig zu demontieren: Limgen möchte sich keinesfalls als „Atom-Entseuchungszentrum" empfohlen halten.

Die Vorbeugung drückt ein Allparteien-Mißtrauen aus, das mittlerweile aus dem Kostenaufwand neue Nahrung bezieht. Die millionenschwere Anlage zu verschrotten, so kombiniert eine vorerst unterlegene „Bürgergemeinschaft gegen Strahlenmolke", könne den staatlichen Haushältern nur unter dem Gesichtspunkt eines Zusatznutzens schmackhaft gemacht worden sein: „Know-how zu gewinnen, um auf den nächsten Atomunfall vorbereitet zu sein."

Die Welt 26.1.89

Umweltethik gegen Umweltzerstörung?

Zuschrift einer Biologiestudentin

„Brauchen wir eine neue Umweltethik?" unter diesem und ähnlichen Titeln werden in letzter Zeit Überlegungen angestellt, des Inhalts, daß angesichts der ständig wachsenden Naturzerstörung ein neues ethisches Bewußtsein notwendig sei, aus dem heraus Menschen Verantwortung für die Natur übernehmen und der Zerstörung Einhalt gebieten sollen.

Es ist nicht ein einheitliches alternatives ethisches Konzept, das sich den bestehenden entgegenstellt, sondern es sind verschiedene Ansätze, die sich auseinander entwickeln lassen und denen gemeinsam ist, daß sie sich als Erweiterungen der bestehenden Ethiken wissen möchten.

Die **anthropozentrische Umweltethik** wird als allgemein vorherrschend betrachtet. Als anthropozentrisch werden diejenigen ethischen Überlegungen zusammengefaßt, deren Zentrum und Ziel der Mensch ist. In einem Weltbild, in dem die Natur als dem Menschen überlegen, unerschöpflich und sich-selbst erneuernd angesehen wurde, war eine auf den Menschen (und nicht auf die Natur) bezogene Ethik das Selbstverständliche. Natur bzw. die Welt als ganze wurden dabei zur Umwelt des Menschen. Begründungen für Natur- oder Tierschutz gingen auf das Wohlergehen oder die Pflicht des Menschen zurück. So ist z.B. nach Kant[1] die Vermeidung der Tierquälerei Pflicht des Menschen gegen sich selbst, weil durch die Tierquälerei das moralische Gefühl Mitleid geschwächt würde: nicht um der Tiere selbst willen sollen sie vor (unnötigen) Qualen geschützt werden, sondern um des Menschen willen.

Für die **pathozentrische Ethik** ist Leidensfähigkeit ein Eigenwert. Sie strebt die Vermeidung von Schmerz und Leiden bei allen leidensfähigen Lebewesen an. Wo die *Grenze der Leidensfähigkeit liegt, ist allerdings umstritten.* Einigkeit besteht lediglich in dem Punkt, daß Menschen und Tiere (diese nach Organisationshöhe abgestuft) in ähnlicher Weise leben und leiden und daß daher ethische Grundanforderungen gemäß dieser gleichen oder ähnlichen Schmerz- und Leidensfähigkeit auch für die leidensfähigen nichtmenschlichen Lebewesen gelten. Der pathozentrische Ansatz geht auf den Begründer des Utilitarismus, Jermy Bentham zurück, der seine Ethik wie selbstverständlich auch auf Tiere ausdehnte und die Hoffnung ausdrückte, daß ähnlich wie den Sklaven auch den Tieren eines Tages Rechte zugestanden würden.

Für die **biozentrische Umweltethik** ist das Leben in allen seinen Ausprägungen der Eigenwert, der geschützt werden soll. Sie nimmt an, daß jedes Lebewesen ein „Interesse" daran habe zu leben, auf das Rücksicht genommen werden muß. Für die meisten Biozentriker ist dieses Interesse aber je nach der Organisationshöhe des Lebewesens unterschiedlich hoch. Insbesondere darüber, wie das Lebensinteresse einer Pflanze oder von Mikroorganismen gewertet werden soll, besteht keine Einigkeit. Der bekannteste Vertreter dieser Ethik ist Albert Schweitzer. Seine Ethik der „Ehrfurcht vor dem Leben" *gipfelt in dem Satz: „Ich bin Leben, das leben will inmitten* von Leben, das leben will". Auch ein Weltbund zum Schutze des Lebens hat hier seine ethische Verankerung, da er gerade den Wert „Leben" unter vielen anderen möglichen Werten für schützenswert hält.

In der **holistischen Umweltethik** (von griech: holos = ganz) ist nicht nur das Leben, sondern überhaupt die ganze Natur das ethisch verpflichtende Gut, weshalb sie auch **physiozentrische Umweltethik** (von griech: physis = Natur) genannt wird. Die holistische Umweltethik macht darauf aufmerksam, daß „alles mit allem" zusammenhängt, daß, wie die Ökologie lehrt, jeder Teil mit anderen Teilen verflochten ist und nur mit dem Blick auf das Ganze verstanden werden kann. Dieser Ansatz, der unreflektiert bei vielen Naturvölkern vorhanden war (und so z.B. als „indianisches Bewußtsein" bekannt ist), wird heute bewußt vertreten (z.B. von Arne Naess oder Klaus Michael Meyer-Abich). Er ist der Gegenpol zum Anthropozentrismus.

Die **religiös begründeten Umweltethiken** können sowohl in einer der genannten Ethiken angesiedelt sein als auch diese übergreifen. Im ersten Falle sind Leben oder die Natur heilig und müssen daher vor Frevel geschützt werden. Den zweiten Fall stellt der jüdisch-christliche Glaube dar, der den Menschen als Geschöpf und Ebenbild Gottes (anthropozentrischer Aspekt) und Tiere und Pflanzen als Mitgeschöpfe (holistischer Aspekt) sieht.

Jede der genannten Umweltethiken hat ihre Stärken und Schwächen. In den beiden Extremen Anthropozentrismus und Holismus ist schwer zu begründen, warum letztlich etwas geschützt werden solle: im Anthropozentrismus ist das letztgültige Kriterium der Nutzen des Menschen: im Holismus ist, da alles Eines ist, letztlich der Mensch „auch nur ein Stück Natur" und menschliches Handeln wird damit natürliches Geschehen. Die beiden Extreme lassen sich – bei böswilliger Interpretation – in das Gegenteil dessen verkehren, was sie beabsichtigen. Sie treffen sich dann darin, daß der Mensch machen kann, was er will, nur genau entgegengesetzt begründet. Die dazwischen liegenden Positionen Pathozentrismus und Biozentrismus können zwar Handlungskriterien liefern; bei ihnen muß allerdings der Punkt, welcher als Eigenwert gelten soll, als Setzung anerkannt werden. und eine religiöse Überzeugung ist schließlich nicht rational vermittelbar und daher dem anderen schwer einsichtig zu machen.

Umweltethik gegen Umweltzerstörung?

Ein ethisches Konzept ist kein Mittel, das man wie eine Medizin gegen kranke Zustände einsetzen könnte, sondern die Basis für richtiges Handeln. Wer ein bestimmtes ethisches Konzept als notwendig einsieht, dem stellt sich das daraus resultierende richtige Handeln als Sollforderung an ihn selber.

Nur wer schon eine Erfahrung, was gut handeln ist, gemacht hat, hat einen Begriff davon, und dem sagt das eigene Gewissen, daß er gut handeln soll, daß das Gute das anzustrebende Ideal ist. Diese Gewissenserforschung kennt jeder Mensch, der sein Handeln überdenken kann. Wie das aber im einzelnen zu verwirklichen ist, welche Maßstäbe an das Handeln anzulegen sind und welche Werte ihm zugrundeliegen sollen, ist ethische Diskussion. Doch baut auch jeder ethische Ansatz auf nicht mehr hinterfragbaren Prämissen auf, so daß es kein letztgültiges Argument gibt, welcher Ansatz der richtige sei. Dadurch wird die Diskussion um das richtige Handeln nie abbrechen.
Doch nicht die Ergebnislosigkeit ist das Wesentliche ethischer Erörterungen, sondern daß ein „Ergebnis" auf einer anderen Ebene liegt: das Gespräch verändert den Gesprächsteilnehmer, sensibilisiert ihn für feine Nuancen und stärkt den Willen, gut zu handeln. Die eigene ethische Überzeugung kann in der Auseinandersetzung gefunden, gestärkt oder revidiert werden.

Auf dieser Ebene liegt der Wert der Suche nach einer neuen Umwelt-Ethik. Wer sich um eine neue Basis für menschliches Handeln bemüht, der nimmt auch in seinem eigenen Handeln (wenn er nicht eine gespaltene Persönlichkeit ist) auf seine Umwelt Rücksicht, der bemüht sich in seinem Handeln intensiver, das Richtige zu tun als jemand, der eine ethische Diskussion für ein geistiges Gesellschaftsspiel hält.

Daher ist die Suche nach den Grundwerten unseres Handelns und einer Neuorientierung angesichts der katastrophalen Folgen menschlichen Tuns in der Natur willkommen zu heißen und zu fördern. Sie gibt Anlaß, die eigene Überzeugung wieder zu überdenken und das eigene Handeln zu überprüfen und stellt neue Maßstäbe auf, die allgemeine Grundlage (z.B. in der Gesetzgebung) werden müssen.

Friederike v. Ketelhodt

1) Kant: Metaphysik der Sitten, Tugendlehre Paragraph 17.

Aus der Arbeit des COLLEGIUM HUMANUM

Wer sich weiter über die in diesem Heft zur Diskussion gestellten Themen unterrichten und an einer politischen Wende mitarbeiten will, ist herzlich zu einem Seminar in Vlotho vom 4. – 7. Mai 1989 eingeladen.

Vierzig Jahre Bundesrepublik Deutschland – die einzuklagende Verwirklichung unserer Grundrechte

1. Die preisgegebene Präambel des Grundgesetzes
2. Freiheitsrechte in der Zwangsjacke
3. Lebensschutz – der verkaufte Artikel 2 GG
4. das ungeschützte Kind – die aufgelöste Familie
5. Weder Selbstbestimmung noch Demokratie, statt dessen Parteienkratie
6. Wie können wir 1989 nicht nur zu einem „Jahr der Erinnerung", sondern vor allem zu einem Jahr der tatsächlichen Wende machen?
7. Vom Schreiben und Diskutieren zum politischen Handeln.

Die einzelnen Beiträge sollen knapp unangreifbare Tatsachen darstellen in allgemeinverständlicher Form.

Im Idealfall wären sie direkt als Loseblattmaterial für Informationsveranstaltungen an möglichst vielen Orten weiterzugeben.

Für Punkt 6 und 7 sollte der ganze Sonntag vormittag zur Verfügung stehen, um zu konkreten Überlegungen und Aufgabenverteilung zu kommen.

Wer mit einem Beitrag teilnehmen möchte, sollte dies mit Thema bis zum 1.4. an die Geschäftsstelle Vlotho mitteilen.

7. – 9. April 1989

EUROPA – Ökologie und Politik

1992 wird für die Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft (EG) der gemeinsame Binnenmarkt verwirklicht. Es entsteht eine riesige Freihandelszone mit 324 Millionen „Verbrauchern". Unternehmer stehen in fieberhaften Vorbereitungen zur Eroberung neuer Märkte. Politiker leisten Überzeugungsarbeit und mobilisieren die Wähler. Nur einige Denker träumen noch vom Abendland. Verhaltenes Abwarten schlägt um in eine unerwartete Europa-Euphorie.

Mitten hinein in die Begeisterung platzen „intellektuelle Störenfriede" mit einer Mitteleuropa-Diskussion, die eher irritierend wirkt.

Die osteuropäische Führungsmacht hat mit „Perestroika" und „Glasnost" religiös und ethnisch motivierte Freiheitsbewegungen losgetreten. Ist derer nicht mehr Herr zu werden?

- Führungskrise im Osten und Handelsträume im Westen. Wo bleibt da die Ökologie?

Umweltschutz in Ost und West vor dem Hintergrund dramatischer Veränderungen im politischen und wirtschaftlichen Gefüge Europas. Die einschneidenden Erfahrungen der 70er und 80er Jahre zeigen, daß verantwortungsvolle Politik und Ökonomie ohne ökologisches Denken nicht mehr vertretbar sind. Gemessen an diesen Anforderungen verlief die Europa-Diskussion eher ungenügend.

Fordern Sie bitte für dieses Wochenendseminar ein genaues Einzelprogramm an in der Geschäftsstelle des COLLEGIUM HUMANUM: Bretthorststraße 204, 4973 Vlotho, Tel. 05733/2680.

Die Unvollkommenheit des Menschen

Nirgendwo wird die Unvollkommenheit des Menschen so schnell und so unübersehbar deutlich wie bei den Druckfehlern in einer Zeitschrift. Unsere „Lebensschutzinformationen – Stimme des Gewissens" wird in der Regel von zwei Personen vor dem Druck auf Fehler durchgelesen. Nach der Korrektur durch den Setzer hoffen dann alle Beteiligten, ihr Bestes getan zu haben und eine richtig geschriebene LSI in Empfang nehmen zu können. Schön wäre es . . . !

Wie ist es möglich, wer ist an den vielen Fehlern schuld, so wird gefragt.

In LSI 2/89 steht zweimal auf Seite 1 dodiert – wo doch alle Schreiber und Leser wissen, daß es dotiert heißt.

Diesmal können wir ganz genau sagen, woher der Fehler kommt. Im Manuskript war es richtig geschrieben, im gesetzten Text stand es falsch, aber offensichtlich waren die Korrekturleser – und zwar alle beide – so sehr vom Inhalt dieses Beitrages gefesselt, daß sie den Fehler einfach überlasen.

Ebenso muß es im vorletzten Absatz des Artikels „Entwicklungstendenzen ... Seite 10 heißen: Sie **ent**mutigt und demoralisiert ... statt wie geschrieben „ermutigt".

Wir bitten sehr um Entschuldigung.

Ein anderer Leser hatte Schwierigkeiten mit dem auf Seite 5 eingedruckten Hinweis auf den Bezug unserer Zeitschrift, die zwar **monatlich versandt** wird, für die aber **eine jährliche** Spende von DM 30,– ausreicht. Zum Trost schickt dieser aufmerksame Leser uns einen „Hundewitz" aus Österreich.

Der Bürgermeister erließ wegen der streunenden Hunde folgenden Schrieb: „Wer einen Hund hat, wird erschossen". Um den Bedenken des Pfarrers Rechnung zu tragen, wurde dieser Text abgeändert: „Wer einen Hund hat und läuft frei herum, wird erschossen".

Dagegen hatte nun der Lehrer einen Einwand. So kam es zu einer weiteren Abänderung: „Wer einen Hund hat und läuft frei herum, der wird erschossen, der Hund".

ifoam – Pressemitteilung

International Federation of Organic Agriculture Movements

Erfolgreiche internationale Konferenz über biologische Landwirtschaft und Selbstversorgung in der Ernährung in Burkina Faso/Westafrika.

Mehr als 600 Teilnehmer aus 48 Ländern kamen zur 7. internationalen Wissenschaftstagung über „Landwirtschaftliche Alternativen und Selbstversorgung in der Ernährung" zusammen, die vom 2. bis 5. Januar 1989 in Ouagadougou, der Hauptstadt von Burkina Faso (Westafrika) stattfand.

Die Lebensbedingungen auf dem Land in Burkina Faso wurden in Gruppen von 50 Teilnehmern bei örtlich geführten 5-Tage-Exkursionen vor der Konferenz studiert. Sowohl Bauern als auch Wissenschaftler waren gleichermaßen tief beeindruckt von der Notsituation im Sahel-Gebiet, die vor allem auf Dürre und Bodenerosion zurückzuführen ist. Vielversprechende Ansätze durch biologische Anbaumethoden überzeugten die Teilnehmer von der Notwendigkeit des biologischen Landbaus. Ständig bedeckte Bodenoberflächen, die Düngergabe mit organischem Material, Beikrautregulierung und Mischkulturen mit Bäumen und Büschen waren die dabei am meisten angewandten Techniken.

Die Konferenz wurde organisiert vom Landwirtschaftsministerium von Burkina Faso und vom Regierungschef, Captain Blaise Compaore, eröffnet. In den Eröffnungsreden des Landwirtschaftsministers, Albert Djigma, und des Präsidenten der IFOAM (International Federation of Organic Agriculture Movements / Weltdachverband für biologischen Landbau), Prof. Dr. E. Boehncke, wurde bereits deutlich gemacht, daß eine radikale Änderung unserer konventionellen Landwirtschaftspraxis sowohl in der nördlichen als auch in der südlichen Hemisphäre nötig ist. Die Vorträge von Agrarwissenschaftlern bekräftigten die Einsicht in die Notwendigkeit der weltweiten Ausbreitung des biologischen Landbaus.

Da die aktiven und engagierten Teilnehmer, darunter eine große Anzahl von Vertretern biologischer Anbauvereinigungen, von allen 5 Kontinenten kamen, war ein konstruktiver und fruchtbarer Nord-Süd-Dialog auf dem Kongreß gewährleistet.

Übereinstimmungen und gemeinsame Schlußfolgerungen der Konferenzteilnehmer wurden in einem abschließenden Statement zusammengefaßt. Der „Appell von Ouagadougou" betont, daß die Methoden der biologischen Landwirtschaft nicht nur eine Alternative anbieten, sondern eine absolute Notwendigkeit darstellen. Es wurden unter anderem in diesem Appell folgende Aktivitäten gefordert:

- die biologischen Anbausysteme weiter zu verbessern
- die Praxis des biologischen Landbaus forciert auszubauen, um vor allem auch in der Ernährung eine Selbstversorgung zu gewährleisten
- Information und Kenntnisse auf lokaler, regionaler und internationaler Ebene intensiver auszutauschen.

Im Anschluß an die Konferenz fand die Generalversammlung der „International Federation of Organic Agriculture Movements (IFOAM)" statt, in der sich 45 Länder zusammengeschlossen haben. Die Delegierten betonten die Notwendigkeit für eine bessere organisatorische Strukturierung der biologischen Anbaubewegung, um damit die Grundlage für eine mehr rational definierte, landwirtschaftliche und ökonomische Zukunft zu legen.

Die Generalversammlung nahm auch die komplett überarbeiteten und neu definierten internationalen IFOAM-Rahmenrichtlinien für die Produktion von landwirtschaftlichen Nahrungsmitteln an und verbesserte damit die Möglichkeit einer verläßlichen Partnerschaft zwischen Erzeugern und Konsumenten biologischer Produkte. Ein weiterer Beschluß vergab die nächste internationale IFOAM-Wissenschaftskonferenz im Mai 1990 nach Budapest/Ungarn.

Bernward Geier
(IFOAM-Generalsekretär)

Hochtemperatur-Reaktor (HTR) – Modul

Die Freie Initiative gegen Atomanlagen Pforzheim e.V.

macht auf folgenden Sachverhalt aufmerksam und bittet um Unterstützung.

In der letzten Zeit ging einige Male durch die Medien die Nachricht vom neuen Anlauf der Atomindustrie, doch noch einmal groß in den (Welt-)Markt zu kommen. SIEMENS/INERATOM plant das **Atomkraftwerk für jede Stadt!** Klammheimlich soll in Hannover dem sogenannten **HRT-Modul,** einem 80-Megawatt-Hochtemperatur-Reaktor zu einer atomrechtlichen Vorabgenehmigung verholfen werden.

Genehmigungsverfahren

Bisher wurde bei allen Genehmigungsverfahren für Atomkraftwerke eine konkrete Anlage an einem konkreten Standort unter Beteiligung der Öffentlichkeit beantragt und dann wurden anlagentechnische und standortspezifische Belange gemeinsam geprüft. Erstmalig in der Geschichte der Atommauschelei wird nun nach § 7a Atomgesetz ein Verfahren gewählt, welches betroffenen Bürgern nur noch einen geringen Spielraum läßt, Einspruch gegen den Bau eines solchen HTR-MODULS in ihrer Region zu erheben: **Das standortunabhängige Genehmigungsverfahren!**

Dabei wird der Antrag gestellt, die Anlage, die bisher nur auf dem Papier existiert, sicherheitstechnisch durch die Behörden zu prüfen. Fällt diese Prüfung positiv aus, wird ein standortunabhängiger Vorbescheid erteilt, der Typ HTR-MODUL wäre amtlich genehmigt. Wird künftig von

einem Industrieunternehmen oder einer Kommune eine Kraftwerksanlage beantragt, so werden nur noch standortwichtige Belange, wie z.B. die Tragfähigkeit des Baugrundes, geprüft. Der „Brenner" als Standardtyp wäre ja sowohl atomrechtlich als auch anlagetechnisch durch die Behörden in dem genannten Vorbescheid bereits bundesweit genehmigt.

Wichtig:
Einzige Möglichkeit für jeden, um später seine Rechte wahren zu können, ist, eine fristgerechte Einwendung zu erheben. Die Einwendungsfrist wird für Anfang 1989 erwartet. Die Auslegung erfolgt zwar öffentlich acht Wochen lang, jedoch weit weg von uns in Hannover.

Grün-alternative Energiepolitik

Der „VN"-Leserbrief von Roland Heim vom 24. Jänner bedarf einer korrigierenden Erklärung. Über die vorrangige Bedeutung der Sonnenenergie gibt das Buch von Univ.-Prof. Dr. Gerhard Bruckmann, „Sonnenkraft statt Atomenergie" (Molden-Verlag) Aufschluß. Weiters wird in der Publikation „Energieforschung für das Jahr 2000", Düsseldorf, vom 27. Oktober 1986 auf Seite 75 festgestellt, daß bei Nutzung von einem Prozent der globalen Landfläche achtmal mehr Energie aus Sonnenkraft als aus dem weltweit zur Verfügung stehenden Wasserkraftpotential gewonnen werden könnte. Auch die Wasserkraftwerke haben den Nachteil, daß gerade im Winter, wenn am meisten Energie benötigt wird, ihre Leistung bis auf 25 Prozent der Nennleistung absinken kann, und dann umweltfeindliche kalorische Kraftwerke (Gas, Öl, Kohle, Atom), bei denen der Primärenergieverlust 60 bis 75 Prozent beträgt, die Lücke schließen müssen. Blockheizkraftwerke dagegen arbeiten mit nur zehn Prozent Primärenergieverlust; sie liefern 25 Prozent Strom und 65 Prozent Wärme. Durch ihren hohen Nutzungsgrad von rund 90 Prozent ist die Luftverschmutzung pro gewonnener Energieeinheit erheblich niedriger als bei den oben erwähnten kalorischen Kraftwerken. Bei einem optimalen Energieeinsatz würde z.B. die BRD, nach den Energieexperten Dr. Klaus Traube und Otto Ullrich, rund 70 Prozent für Wärme (Dampf, Heizung und Warmwasser), 20 Prozent für den Verkehr (Benzin und Diesel) und nur knapp zehn Prozent in Form von elektrischem Strom brauchen. Traube und Ullrich kritisieren, daß die BRD bereits 15 Prozent (in Vorarlberg sind es 25 Prozent!) in Form von Strom braucht und davon gut ein Drittel in Wärme rückverwandelt, wobei rund 70 Prozent der Energie vergeudet und die Umwelt unnötig mit radioaktiven und chemischen Giften belastet wird. Neben dem Fachbuch von Dr. Traube und Ullrich, „Billiger Atomstrom? – Wie die Interessen der Elektrizitätswirtschaft die Energiepolitik bestimmen" (Verlag rororo), rechtfertigt auch „Das sanfte Energiehandbuch – Wege aus der Unvernunft der Energieplanung in der BRD" von Ruske und Teufel (Verlag rororo) die energiepolitischen Forderungen der Landtagsabgeordneten Kaspanaze Stimma und Manfred Rünzler. Es ist zu bedauern, daß alle Bemühungen um eine volkswirtschaftlich und ökologisch vertretbare Energiepolitik unter dem Einfluß der Atom- und E-Wirtschaft unterdrückt werden.

Robert Par (WSL)
erschienen in Vorarlberger Nachrichten 3.2.89

125 Milliarden für die Sicherheit

Versicherungen: Rekord bei Beitragseinnahmen

Köln (AP/dpa). Die Bundesbürger legen immer mehr Wert auf Sicherheit. Wie der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft in Köln mitteilte, werden die Ausgaben von Privathaushalten und Wirtschaft für Versicherungen in diesem Jahr mit 125 Milliarden Mark ein neues Rekordniveau erreichen. Jeder Bundesbürger werde durchschnittlich 1.530 Mark für die Vorsorge ausgeben.

Dabei profitieren die bundesdeutschen Versicherer nach eigener Einschätzung vor allem von den gestiegenen Einkommen und der geringen Teuerung, die den Ausgabenspielraum erhöhe. Allein die Lebensversicherer verzeichneten über 5,8 Millionen Neuabschlüsse. Günstig für die Versicherer entwickelte sich auch der Schadensverlauf. Nach zwei Jahren mit deutlich gestiegenen Belastungen zeichne sich für das laufende Jahr erstmals wieder eine Besserung ab. Dies gelte vor allem für die Wohngebäudeversicherung, die Hausrat- und die Kreditversicherung.

Dagegen steuert die Karftfahrzeugversicherung 1988 nach Angaben des Verbandes auf einen neuen Ausgaberekord zu. Erwartet werden 8,1 Millionen Schäden gegenüber 6,6 Millionen vor vier Jahren. Die Schadenslawine ist nach Ansicht der Versicherer nicht allein mit mehr Unfällen durch höhere Fahrzeugdichte und gestiegene Fahrleistungen zu erklären. Auch Diebstahlsdelikte sowie provozierte und manipulierte Schäden schlügen sich in der Stastitik nieder.

Die Durchschnittskosten je Haftpflichtschaden kletterten nach Angaben der Versicherer von 3.285 Mark im vergangenen Jahr auf über 4.000 Mark im laufenden. Trotz der Beitragsanhebung um 6,6 Prozent zur Jahresmitte erscheint dem Verband ein ausgeglichenes Ergebnis bei der Kfz-Haftpflicht fraglich. Insgesamt erwartet der Verband dennoch bei der Mehrzahl der Versicherungsunternehmen deutlich bessere Bilanzen als in den vergangenen Jahren.

In der Allgemeinen Haftpflicht wird ein Einnahmeplus von fünf Prozent auf über sechs Milliarden DM erwartet. Die Zahl der Schäden steigt um etwa drei Protent, der Aufwand um neun Prozent.

Rotenburger Kreiszeitung, 10.11.1988

Die Sicherheit unserer Ernährung ist der Bundesrepublik einen bäuerlichen Stundenlohn von weniger als DM 5,– wert!

Für die Vernichtung bäuerlicher Arbeitsplätze werden erhebliche Mittel zur Verfügung gestellt. Der Steuerzahler bezahlt's!

Mit Hilfe von Importen aus Ländern, die z.T. selber Mangel leiden, wird eine Überschußsituation simuliert und die Existenz einer industriellen Agrarproduktion gesichert. Der Verbraucher bezahlt's mit seiner Gesundheit.

Die Zunahme der Weltbevölkerung auf der einen Seite und die Abnahme der landwirtschaftlichen Nutzfläche durch Raubbau und Erosion andererseits kann in kurzer Frist zu einer weltweiten Unterversorgung führen, auf die wir nicht vorbereitet sind. (Anders die Japaner, die ihren Bauern für die Erhaltung der Existenz den drei- bis vierfachen Reispreis gegenüber dem Weltmarkt zahlen!).

Die Ausbeutung der Böden, die Verschmutzung unseres Trinkwassers durch Nitrate und Pestizide geht ungehemmt weiter!

Da helfen keine Appelle und Seelenmassagen, wenn die Agrarpolitik die Bauern zu Massenerträgen zwingt. Im Interesse der Großchemie wird die Alternative eines lebensgesetzlichen Landbaus, wo es nur irgend geht, behindert!

E.O.C.

Ärzte fordern Verbot sämtlicher Atomkraftwerke "VN" am 1. Sept. 1988

Wo bleibt der Protest der „Krebsliga" gegen WAA Wackersdorf?

In der in der Schweiz verteilten Broschüre „Kampf dem Krebs" appelliert ein von Bundespräsident und Bundesräten patroniertes Aktionskomitee an die Schweizer Bevölkerung um finanzielle Unterstützung der „Schweizerischen Krebsliga" zum Zweck der Forschung und Wissensmehrung.

Schweizer Umwelt- und Lebensschutzverbände sind über diese laue Handhabung des Problems empört. (Heute stirbt bereits jeder vierte an Krebs, bei Kindern ist Krebs die zweithäufigste Todesursache.) „Civis Schweiz", Sektion Basel, schreibt: „Die skandalöse Tatsache, daß die Krebskrankheit und ihre Zunahme als eine Selbstverständlichkeit von der Bevölkerung hingenommen werden muß, geht auf das Konto der unverantwortlichen Regierungen und Behörden..., die mit Rücksicht auf den Profit multinationaler Gesellschaften dieses Kapitalverbrechen zulassen... Die Sofortmaßnahme gegen Krebs: Alle Gifte ausschalten, naturbelassene Nahrungsmittel einführen, Verbot sämtlicher Atomkraftwerke, deren Normalbetrieb schon zu Krebs, Leukämie und Erbschäden führt, wäre ein erster Schritt zur Krebsbekämpfung..."

Der Krebsforscher Nobelpreisträger Prof. Wartburg betont, daß man die meisten Krebsvorkommen verhüten könnte — und darüber sei sich die Mehrzahl der Experten einig —, wenn man die heute bekannten krebserzeugenden Wirkungen von den Menschen fernhalten würde. In einem entgleisten Energiestoffwechsel, verursacht durch die totale Chemisierung und Vergiftung der Umwelt und unserer Nahrung, ist die Ursache krebsiger Erkrankungen der Zellen. Die Menschheit werde es sich aber nicht mehr lange gefallen lassen, über die Ursache der Krebskrankheit weiterhin im unklaren bleiben zu müssen.

Dieselbe Meinung vertritt der Krebsarzt Prof. Zabel, der meint, daß ohne eine sachgemäße vollwertige naturbelassene Ernährung die Menschheit nicht gesund bleiben und auch kein Krebs ausgeheilt werden kann.

Umweltsanierung statt Krebssymptombekämpfung

Bis zu seinem Tod 1985 war Univ.-Prof. Dr. med. Hugo Husslein, langjähriger Vorstand der 2. Universitätsfrauenklinik in Wien, Präsident der damals für eine saubere Umwelt und gegen Atomkraftwerke sehr aktiven Österreichischen Krebsliga. Wo bleibt heute der Protest der Österreichischen Krebsliga gegen die atomare Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf, die rund 64mal mehr radioaktive Stoffe beherbergen wird als das sowjetische Atomkraftwerk Tschernobyl?

Wo bleibt der Protest gegen den Verordnungsentwurf der Europäischen Atomgemeinschaft EURATOM vom 16. Juni 1987, der Toleranzgrenzen für die radioaktive Belastung der Nahrung hinaufsetzt?

Nach einem Bericht des Umwelt- und Prognose-Instituts UPI, Heidelberg, wäre bei einem Atomunfall in Westeuropa nach der geplanten EURATOM-Verordnung allein in den ersten drei Monaten danach nur durch verseuchte Nahrungsmittel die Auslösung von fast 300.000 Krebsfällen legal, nicht miteingerechnet die Opfer durch verseuchte Luft (Direktstrahlung, Einatmen) und durch verseuchten Boden (Direktstrahlung, Aufnahme von Radionukliden über die Wurzeln).

Der UPI-Bericht „Stellungnahme zur geplanten EURATOM-Verordnung über Grenzwerte nach zukünftigen Reaktorunfällen" ist erhältlich für 5 D-Mark Vorauszahlung bei UPI, Handschuhsheimer Landstraße 118a, D-6900 Heidelberg.

Robert Pár, WSL



Abdruck mit Quellennachweis erwünscht.

Herausgeber, Verleger: COLLEGIUM HUMANUM, WELTBUND ZUM SCHUTZE DES LEBENS, Bundesverband Deutschland e.V., Bretthorststraße 221 · 4973 Vlotho · Telefon 05733/7330
Bankverbindung: Volksbank Vlotho e.G. Kto.-Nr. 15556300 (BLZ 49062112) · Postscheckkonto Hannover Nr. 2949-307
Schriftleitung: Ernst O. Cohrs, 2720 Rotenburg/Wümme, Postfach 1165, Am Bahnhof, Telefon 04261/3106
Anzeigen: Frieda Klinksiek-Jonigkeit, Bretthorststraße 221, 4973 Vlotho, Telefon 05733/7330
Bezugsgebühr: jährlich 30,– DM. Erscheint einmal monatlich.
Druck: Deppe-Druck GmbH, Buch- + Offsetdruck, Lange Str. 94, 4973 Vlotho, Telefon 05733/5010
Umweltschutzpapier aus 100% Altpapier – hergestellt ohne Gewässerbelastung, Bleichung oder Färbung.